

Bezugspreise
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.10 Mark, vierteljährlich
3.50 Mark, durch die Post 3.25 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In amtlichen
Zeitungsdirektionen unter
Einschaltung der Reichspostämter
wird keine Entschädigung übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung der
„Zeitung“ gestattet.
Jensur der Schiedsrichterschaft Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Angaben

werden die Geschäftsstellen
oder deren Raum mit 50 Pf. bezug-
net und in anderen Fällen
und allen Anzeigen-Gebühren an-
genommen. Reklamen die Seite 1 III.
Schluss der Anzeigen-Annahme
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal

Schiffstellung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Braunstraße 17,
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 220.

Halle, Freitag, den 11. Mai

1917.

Wieder 21 000 Tonnen versenkt.

Feindliche Angriffe an allen Fronten abgeschlagen.

Die Neuordnung im Reich.

Draußen an der Westfront brüllen die Geheule und drinnen baut man eifrig für die Wiederkehr der Kämpfer das Haus, in dem sie wohnen sollen, aus.

Die getriggen Beschlüsse des Verfassungsausschusses stellen zwar nur ein Provisorium dar, doch werden sie die Ungleichheit des Reichstagswahlrechts nicht erheblich mildern. In 30 übergroßen Wahlkreisen, die ein wirtschaftlich geschlossenes Gebiet bilden, soll die Verhältniswahl eingeführt werden, so daß auch die bedeutenden Minoritäten dort nicht unterworfen bleiben. Eine Vermehrung der Mandate soll notwendig sein, daß die bisherigen Majoritäten nicht an Gewicht einbüßen. Das sind erhebliche Verbesserungen, die aber gleichzeitig große Verschiebungen in den Parteiverhältnissen mit sich bringen; es ist daher nicht befremdlich, daß die Konservativen, deren Einfluß gemindert wird, sich ablehnend verhalten. Die fortschrittliche Resolution, die mit fast zwei Drittel Majorität im Ausschuss angenommen ist und im Reichstag dieselbe Majorität findet, überläßt es der Regierung, eine entsprechende Vorlage einzubringen.

Das könnte bedenklich erscheinen und verzögert vielleicht auch die Form. Nachdem jedoch Geh. Rat Lewald die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes ausgedrückt hat, dürfte ein prinzipieller Widerstand des Bundesrates nicht zu erwarten sein. Geh. Rat Lewald sagte: „Die Forderung der Form für eine Veränderung ist mehr Frage der Parteien untereinander als der Regierung.“ Er hält ein „Konkordat“ der Parteien, wie Aquith es vorschlägt, für praktisch. Nun, der Beschluß des Verfassungsausschusses hat dieses Konkordat der Parteien zustande gebracht. Eine Zustimmung aller Parteien wird der Bundesrat ja wohl kaum erwarten, da eine solche niemals erfolgen wird und jede Reform damit verhindert werden könnte.

Die Vorbedingung ist also gegeben.

Im übrigen glauben wir allerdings, der Auffassung widerprechen zu müssen, daß die Regierung weniger Interesse an der „Bindung der Form“ für eine getriggerte Wahlrechtsverteilung hat als die Parteien. Der Regierung muß auch daran liegen, daß bei einer Wahl die Volksstimme unerschüttert zum Ausdruck gelangt, denn nur dann, wenn es geschieht, vermag sie daraus die Konsequenzen zu ziehen. Sie hat auch darüber zu wachen, daß das Recht zur Geltung kommt und muß alles tun, um von ihr selbst als „unhaltbar“ bezeichnete Mängel zu beseitigen. Um große Teile Mängel hindert, ergibt sich aus der Zusammenstellung einiger Zahlen.

In Königsberg-Stadt entfielen bei der letzten Wahl auf die Sozialdemokraten 19 700, auf die fortschrittliche Volkspartei 16 250 Stimmen. In den 6 Berliner Wahlkreisen betragen die sozialdemokratischen Stimmen 307 700, die fortschrittlichen Stimmen 70 100. In Teilsow-Besow im böhmisches 70 000 fortschrittliche Stimmen 163 000. Die sozialdemokratischen gegenüber 35 000 Sozialdemokraten, in den drei hamburgischen Wahlkreisen 57 000 fortschrittlichen und 2 600 Nationalliberalen gegen 51 000 Sozialdemokraten. In der zwei Kreise Dresden-Stadt blieben 35 500 Liberalen gegenüber 54 700 Sozialdemokraten unvertreten. Das ergibt schon rund 300 000 liberaler Stimmen in sechs Großstädten, die bis auf das Mandat in Berlin vollständig in der Volksvertretung ausfallen. Bei den 80 Großstädten, zu denen auch Halle gehören dürfte, wo 17 000 fortschrittliche und 7000 reichsparteiliche Stimmen unvertreten bleiben, werden gegen 1 Million bürgerliche Stimmen fast gänzlich ohne Mandat geblieben, die sozialdemokratischen Stimmen auch nicht ihrer Zahl entsprechend vertreten sein. Die Hauptverluste bei der bisherigen Wahlrechtsverteilung und den Stimmabgaben in den Reichswahlkreisen hatten die Fortschrittler zu tragen. Sie würden durch die Verhältniswahl erheblichen Mandatsgewinn erzielen und wahrscheinlich fast die Stärke der Zentrumspartei erreichen; sind sie doch schon heute nach dem Zentrum mit 46 Mandaten die stärkste bürgerliche Partei. Die Sozialdemokratie würde zwar bei der angeregten Vermehrung der Mandate gleichfalls Zuwachs haben, dürfte jedoch durch die Spaltung Mandate auch an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft verlieren. Für die Gesamtpolitik des Liberalismus ergäbe sich damit eine erhebliche Stärkung, für die konservativen Parteien eine Schwächung. Diese Verschiebungen würden zweifellos dahin wirken, daß die kleinen Parteien allmählich verschwinden. Sie werden schließlich in der größeren aufgehen müssen. Wenn sie ihre Aufgaben zur Geltung bringen wollen, kann das nur geschehen, wenn sie in einer größeren Partei an Einfluß gewinnen. So wird sich vielleicht die Deutsche Fraktion genötigt finden, sich den Konservativen anzuschließen; auch unter den fraktionslosen wird die Regierung wachsen, bei einer der größeren Parteien Anknüpfung zu suchen.

Das kann aber dem Einfluß der Volksvertretung auf die Bekämpfung der Gefahr Deutschlands nur dienlich sein.

Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Neue Unterseeboots-
erfolge im Atlantischen Ozean: Vier Dampfer und
drei Segler mit 21 000 Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich u. a. folgende:
Der bewaffnete englische Dampfer „Hawildar“, 4911 Tonnen,
Ladung Zucker ferner zwei große sawafle Dampfer und
ein Dampfer, Ladung anscheinend Baumwolle, deren Namen
nicht festgestellt werden konnten. Die drei Segler hatten
Holz für England geladen.

Der Chef des Admiralfabes der Marine.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von
Bayern.

Die Tätigkeit der bevorstehenden Artillerie ereichte
gelten an der ganzen Kampffront von Paris nach geheimer Heilig-
keit. Feindvorstöße der Engländer bei Fresnoy, Roubaix
und zwischen Mouchy und Cherilly blieben erfolglos. Bei
einem Versuch, Bulle court durch Umfassung zu stürmen,
wurde der Feind verunreinigt abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach verhältnismäßig raschem Vorrücken hat gegen
Abend die Kampfintensität zwischen Soissons und Reims
wieder zugenommen. Stärkerer Artilleriekampf aller Art
flücht entwickelte sich besonders an der Straße Soissons-Laon,
beiderseits von Craonne, fängs des Aisne-Marne-Kanals, in
der Champagne und stellenweise auch in den Argonnen.

Starke französische Angriffe zwischen dem
Winterberg und der Straße Cordancy — Ver-
gny-aux-Bac sowie bei Prosnay schlugen fehl.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine besonderen Ereignisse.

Im Luftkampf und durch Abwehrfeuer wurden am
10. Mai 18 feindliche Flugzeuge und ein Fest-
ballon zum Absturz gebracht. Leutnant Freiser v. Richt-
hofen zwang seinen 22. Leutnant Gontemann seinen
20. Gegner.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsintensität blieb gering.

Macedonische Front.

Erneute Angriffserfolge der Franzosen
und Serben zwischen der Cerna und dem Warvar konnten
an der für die Ententetruppen verlorenen Schlacht nichts
mehr ändern. Sie wurden rektlos abgeschlagen.
In den Truppenmeldungen geht hervor, daß der Feind
in seinen dreitägigen ergebnislosen Angriffen besonders
schwere Verluste erlitten hat.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Feinde wollen keinen 4. Winterfeldzug!

Nach Genfer Meldungen aus Paris verneint der
Kriegsminister im Heeresauschuß des französischen Senats,
daß ein neuer Winterfeldzug von den Westfronten in Aussicht
genommen sei.

Ein italienisches U-Boot gesunken.

Karlsruhe, 10. Mai. Die Genueser Zeitung
„Secolo“ veröffentlicht einen Nachruf auf einen für das
Baterland gesunkenen Oberleutnanten, aus dem hervor-
geht, daß in den letzten Tagen ein italienisches Unterseeboot
gesunken ist.

Wenn im Reichstag — außer der negierenden Sozialistischen
Arbeitsgemeinschaft, die für eine parlamentarische Regie-
rung nicht in Betracht kommt — nur noch vier Parteien
(Liberaler, Zentrum, Konfessioneller und Sozialdemokratischer)
vertreten sind — die Polen dürften in der Praxis mit dem
Zentrum gehen —, dann läßt sich wohl auch eine feste Mehr-
heit, wenn auch aus mehreren Parteien bestehen, finden,
die in der Lage ist, die Regierung zu übernehmen. D.

Rußland.

Ein Ultimatum des Soldaten- und Arbeiterrates.

Nach Schweizer Meldungen aus Rotterdam drachtet
„Daily Telegraph“ aus Petersburg:
Der Arbeiter- und Soldatenrat hat der provisorischen
Regierung ein Ultimatum zur Durchführung der Forder-
ungen des Arbeiterates in der auswärtigen
Politik zugestellt.

Stockholm, 10. Mai. Nach Nachrichten von privater
Seite ist die Entrüstung über die kriegerische Note Wikströms
in der Bewegung mindestens ebenso stark wie in der Hauptstadt.
22 Arbeiterräte größerer russischer Städte erklärten telegra-
phisch dem Petersburger Arbeiterrat ihre Zustimmung zu
dem entschlossenen Vorgehen gegen Wikström. Sie ver-
sprachen ihre Unterstützung bei möglichen Zusammenstößen.

Zustände in Italien und Rußland.

T. U. Lugano, 10. Mai. Die italienische Regierung
befindet sich augenblicklich zwischen zwei Feuern. „Popolo
d'Italia“ droht heute dem Kabinett mit offener Revolution
der Kriegspartei, wenn der Krieg nicht sofort energischer
geführt werde. „Idea Nazionale“ fordert als ersten Schritt,
welcher gleichzeitig der beste Schutz gegen die Folgen des ver-
stärkten U-Boot-Krieges sei, die energische Verhaftung aller
deutsch-freundlichen Spione, womit die neutralistischen Sozial-
isten gemeint sind. Andererseits treten Sozialisten und
Konfessionelle drohend auf. Zusammen mit den Sozialisten
und Katholiken, deren Forderung in den vom geistlichen
Mächtenkontrollierten beschlossenen Maßregeln zur Anwendung
der inneren Not gesetzlich, welches Ziel aber nur durch den
Friedensschluß erreichbar ist. Die Regierung zögert und
scheut an, sich in der Hoffnung, daß Amerikas erwar-
tete Eingreifen für Italien ein Wunder wirken werde. Die
wirklichen Wünsche Amerikas scheinen sich aber mit den Dar-
stellungen der englischen Blätter nicht zu decken, ähnlich wie
ja die Ententemeldungen aus Petersburg nur die für die
Entente wichtigen politischen Verhältnisse behandeln, während
sie die wirklichen häuslichen Zustände hinsichtlich der
Nahrungsmittel, der Transportverhältnisse und der Bauern-
unruhen im Innern vollständig mit Schweigen übergehen
oder mindestens beschönigen.

Der Petersburger Korrespondent der „Gorriete delia
Sera“ stellt fest, daß die Kaiserregimenten an den am Frei-
tag Wikström und die Regierung verübten Schießereien
teilgenommen haben, und daß Kornilow deshalb die Peters-
burger Garnison jetzt ausschließlich aus Militärkreuzen
Rekruten gebildet hat. Das geheimnisvolle Telegramm,
welches die Mitglieder des Ausschusses bei der Sitzung vom
4. Mai umfingerte, soll aus Amerika gemeint sein und die
Entziehung der Geldbriefe leitens der Vereinigten Staaten
angedeutet haben, falls die Friedenspartei siegreich bliebe.
Der freundschaftliche Arbeiterführer Grewoff ist in Mos-
kau ermordet worden. Es verlautet, daß auch Lenin be-
seitigt sein soll. — England verliert offenbar, um jeden Preis
ganze Arbeit zu machen.

Zur Sozialistenkonferenz in Stockholm.

London, 10. Mai. (Reuters.) Der nationale Aus-
schuß der Arbeiterpartei hatte gestern im Unter-
haus eine Sitzung und beriet über die Einladung der hollän-
dischen Sektion des internationalen sozialistischen Bureau
zur sozialistischen Konferenz. Der Ausschuß schloß den Be-
schluß, sich in keiner Weise an der vorzuschlagen-
den Konferenz zu beteiligen. Die Einberufung
der Stockholmer Konferenz sei ein regelwidriger Schritt. Die
Konferenz habe augenblicklich keinen bestimmten Zweck und
werde keinerlei Befugnis besitzen. Es wurde ferner be-
schlossen, Vorfragen zu stellen, eine Konferenz der Arbeiter
und sozialistischen Parteien aller allierten Länder einzu-
berufen, die in London abgehalten werden soll.

Thelcide und Kereski gehen nach Stockholm!

Die französische Minderheit wehrt sich.
Bern, 10. Mai. Der Streit zwischen der sozialistischen
Mehrheit und der Minorität in Frankreich wird von den
Western weitergeführt. Mehrere Blätter der Minderheit,
u. a. „Journal de peuple“, erklären sich, diese werde sich
nicht beugen, auch wenn ihr Standpunkt auf dem National-
kongress der Sozialisten nicht durchdringen sollte. Heros
hofft, daß der Minderheit der Genossenschaft in den Wan-
dungen der Kammer lebhafte Erregung hervor-
gerufen. Die Regierung löste darüber interpelliert werden,
ob sie Vertretern der Minderheit Hilfe nach Stockholm geben
werde. Sonnet weiß in einem Brief an den „Temps“ darauf

